

(Sammlung)

# Pulsnitzer Tageblatt

Verleger: 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz  
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und  
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Er erscheint an jedem Werktag  
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Art  
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezahler  
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-  
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei  
Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundziffern in RM: Die 42 mm breite Zeilenlänge (Masse's Zeilenmesser 14)  
RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Ramenz RM 0.20. Amtliche Zeile RM 0.75  
and RM 0.60. Reklame RM 0.60. Tabellarischer Satz 50 %. Ausschlag. — Bei  
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen  
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung.  
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Ramenz, des Amtsgerichts  
und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortshäusern des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großröhrsdorf, Brettnig, Hauswalde, Dorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und  
Niederlichtenau, Freibersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf  
Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2 Druck und Verlag von E. R. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr) Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 85

Montag, den 11. April 1927

79. Jahrgang

## Das Wichtigste

Graf Bernstorff forderte in Genf energisch die Beschränkung des Kriegs-  
materials.  
Die Albanienkommission unter Teilnahme Deutschlands ist gebildet.  
In Beesen bei Königswusterhausen ist einer der im Bau befindlichen  
Funktürme eingestürzt.  
In Mittel- und Süddeutschland herrscht infolge der starken Regengüsse  
und der Schneeschmelze Hochwasser.  
Wie aus Schanghai berichtet wird, verfügen die nordchinesischen Trup-  
pen über Bombenflugzeuge, die von japanischen Russen bedient  
werden. Auch Giftgas soll jetzt bei den letzten Kämpfen verwendet  
worden sein, da die Kantontuppen in Schanghai große Mengen von  
Gasmasken aufzukaufen suchten.  
Wie aus Brest gemeldet wird, haben zwei französische Kreuzer den Befehl  
erhalten, sich für die Ausfahrt nach China bereit zu halten.  
Wie aus Kansas City berichtet wird, hat die Ueberschwemmung des  
Wahsiter-Flusses bereits 23 Todesopfer gefordert.  
In diesen Tagen ist von Hollandisch-Indien der zweite Transport der  
bei den letzten kommunistischen U. ruhen verhafteten Kommunisten  
nach Neu-Guinea abgegangen. 60 Mann, mit Frauen und Kindern  
120 Personen, mußten für immer die Heimat verlassen. Der erste  
Transport von 45 Mann ist bereits in Neu-Guinea angelangt.  
In der Nähe von Lye bei Fünen ist gestern ein deutscher Segler un-  
tergegangen. Die vier Mann starke Besatzung des Seglers, dessen  
Namen noch unbekannt ist, ist wahrscheinlich ertrunken.

## Vertilge und sächsische Angelegenheiten.

(Mietzinssteuerfreie Mieter zahlen  
nur 5 Prozent Mietzinsserhöhung.) Die am  
1. April 1927 eingetretene Mieterhöhung soll bekanntlich zur  
Hälfte den Hausbesitzern und zur Hälfte der Förderung des  
Wohnungsbaues zugewandt werden. Da der Wohnungsbaue-  
anteil einen Teil der Mietzinssteuer darstellt, haben diejen-  
igen Mieter, die auf Grund des geltenden Gesetzes von der  
Zahlung der Mietzinssteuer befreit sind, diesen letzteren An-  
teil nicht zu entrichten.  
(Keine Aenderung der Polizeistunde!)  
Bekanntlich hat die sächsische Regierung kürzlich die Handels-  
kammern um ihre Meinung über eine etwaige Verlängerung  
der Polizeistunde befragt. Für vollständige Aufhebung der  
Polizeistunde waren zwei Handelskammern eingetreten, die  
sich aber auch mit einer Verlängerung der Polizeistunde von  
1 auf 3 Uhr früh abzufinden bereit erklärten. In den Be-  
zirken der übrigen drei Handelskammern ergab sich, daß die  
Ansichten sowohl in Industrie, Handel und Gewerbe als auch  
im Gastwirtsgerwerb selbst völlig verschieden waren, und  
einander ziemlich unvereinbar gegenüberstehen. Nachdem die  
Handelskammern so von der Regierung bemüht worden sind,  
bleibt — alles beim alten! Der Sächsisch-Böhmischen Korre-  
spondenz wurde auf Anfrage von zuständiger Stelle mitgeteilt,  
daß die Frage gegenwärtig nicht aktuell sei.

**Kleinröhrsdorf.** (Haltestelle.) Von der Ge-  
schäftswelt und der hiesigen Einwohnerschaft und Umgegend  
ist es hier schon längst als ein großes Bedürfnis empfunden  
worden, daß auf der Haltestelle Kleinröhrsdorf die Züge  
Nr. 891 und 892 wieder wie in den Vorkriegsjahren fahr-  
planmäßig halten möchten. Es wurde daraufhin im Gemein-  
deparlament ein Beschluß gefaßt, um eine Eingabe an die  
Reichsbahndirektion Dresden zu erwirken. Unter anderem  
wurde darauf hingewiesen, daß in den Sommermonaten viele  
Gezungen sind, bereits Dresden 7,33 Uhr nachmittags zu  
verlassen, während sie bei Erfüllung des vorgenannten Wun-  
sches die Tageszeit länger ausnützen könnten. Auch Bil-  
dungs- sowie Kultur- und Geschäftsfragen kommen für Klein-  
röhrsdorf sowie für den unteren industriereichen Stadteil  
Großröhrsdorf in Frage. Auf diese Eingabe hin hat die  
Reichsbahndirektion Dresden geschrieben, daß wegen Entste-  
hung der hohen Kosten durch das Halten der Züge Nr. 891  
und 892 damit an Werttagen nicht zu rechnen wäre, da sie  
glaubt, daß der Verkehr kein nennenswerter sei. Dagegen  
will die Reichsbahndirektion vom 15. Mai ab den Zug 892  
an Sonn- und Festtagen und den Zug 891 in der Nacht  
nach Sonn- und Festtagen in Kleinröhrsdorf halten lassen.  
Dem reisenden Publikum sowie Vereinen wird es nahegelegt,  
ab 15. Mai von dieser Einrichtung regen Gebrauch zu  
machen. Hoffentlich kommt die Reichsbahndirektion auch der  
Geschäftswelt später entgegen, indem sie die Züge auch wer-  
tags halten läßt.

**Dresden.** (Eröffnung des Mädchenschul-  
hauses) Im Zusammenhang mit der Einrichtung der

## Bernstorff in der Abrüstungskommission niedergestimmt

Deutschland wird auf die Frage der Beschränkung des Kriegsmaterials zurückkommen

Minister v. Reudell verspricht Beschleunigung des Reichsschulgesetzes — Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen  
Moskau und Peking. Moskauer Forderungen — Die Nordarmee überschreitet den Yangtse — Russische Anklagen gegen  
England — Die amerikanischen China-Missionare gegen England — Kommunistenverhaftungen in Paris

Genf. In der Vorbereitenden Abrüstungskommission  
gab der deutsche Delegierte, Graf Bernstorff, zu dem  
der Abrüstungskommission vorliegenden Antrag der deutschen  
Delegation auf Beschränkung des Kriegsmaterials eine Er-  
klärung ab, in der es u. a. heißt:  
Für Deutschland wie für jedes Land, das ernstlich die  
Abrüstung anstrebt, ist die Frage der Beschränkung des  
Kriegsmaterials der Landtruppen (Geschütze, Panzerwagen,  
Handfeuerwaffen usw.) von entscheidender Bedeutung, da  
dieses Material im Kriege, wie er heute geführt werde, eine  
entscheidende Rolle spielt und von der Menge dieses Kriegs-  
gerätes gleichzeitig die Zahl der von einem Staate verwend-  
baren Menschen abhängt. Die Einschränkung des  
Kriegsmaterials hat somit zwangsläufig die ent-  
sprechende Einschränkung des Menschenmate-  
rials zur Folge.

Die vorgeschlagene indirekte Beschränkung des Kriegs-  
materials auf dem Umwege über die Beschränkung der  
Heeresausgaben ist ein durchaus unbefriedigender und  
praktisch wenig wirksamer Ersatz für die direkte Erfassung  
des Kriegsmaterials zum Zwecke der Abrüstung.  
Die Fortschritte der Technik haben den Krieg der Men-  
schen zu einem Kriege der Maschinen gemacht. Um so zwin-  
gender ist die Notwendigkeit einer direkten Erfassung des  
Kriegsmaterials. Abzulehnen ist der Einwand, eine direkte  
Beschränkung des Materials sei nur bei strenger Kontrolle  
möglich. Auf jeden Fall ist auch hier

der Wille zur Vertragserfüllung bei allen Staaten die erste  
Voraussetzung.

ebenso wie bei der Begegnung der Mannschaftebestände oder  
gar der Heeresausgaben. Abwegig ist der Einwand, die  
Materialbeschränkung scheitere am Rohstoffmangel.  
Die Welt will wissen, über welche Kräfte an Menschen  
und Material ein Land nach der Abrüstung verfügt. Ohne  
diese Kenntnis ist der notwendige An- und Ausgleich der  
Rüstungen nicht möglich.

Ich erkläre in aller Form, daß ein Abrüstungsab-  
kommen, welches die wesentlichsten Kategorien des Kriegsmate-  
rials nicht erfasst, wie ich es vorgeschlagen habe, nicht als  
eine befriedigende Lösung angesehen werden kann. Die  
öffentliche Meinung will, daß die Waffen abgelegt werden;  
sie wartet darauf. Sie will nicht Umwege, sondern klare  
Tatsachen.

Die Vertreter Schwedens und der Vereinigten  
Staaten stimmten dem Antrage Bernstorffs zu, hin-  
gegen hat sich der Vertreter Japans dagegen aus-  
gesprochen.

Der Antrag der deutschen Delegation auf  
direkte Beschränkung des Kriegsmaterials wurde von der  
Vorbereitenden Abrüstungskommission abgelehnt, wo-  
rauf Graf Bernstorff einen Vorbehalt machte und hinzu-  
fügte, daß Deutschland diese Frage für sehr wichtig halte  
und gelegentlich der zweiten Sitzung der Kommission oder  
auf der Konferenz selbst darauf zurückkommen werde.

### Wie die Abrüstung in Wirklichkeit aussieht.

New Haven. Der Unterstaatssekretär im amerikani-  
schen Kriegsministerium, Davison, teilte bei einem  
Ehreneffen mit, Amerika werde 1933 2000 Kriegs-  
flugzeuge haben mit 1650 Offizieren und 15 000 Mann  
Besatzung. Falls es aber nötig wäre, könnte dieses  
Fünftahrsprogramm noch erweitert werden.

Wozu also die schönen Reden in Genf, wenn jeder  
Staat doch tut, was er will? Welchen Wert hat dann die  
Zustimmung Amerikas zu der deutschen Forderung auf Be-  
schränkung des Kriegsmaterials?

### Deutschnationale Kulturtagung.

Minister v. Reudell verspricht Beschleunigung des  
Reichsschulgesetzes.

Berlin. Im Reichstag fand eine aus allen Teilen des  
Reiches stark besetzte Vertrauensmännerversammlung des  
Deutschnationalen Lehrerbundes statt, an dessen Beratungen  
außer dem Herrn Minister Dr. v. Reudell und Vizkanzler  
Dr. Hergt auch der Parteivorstand, Graf Westarp,  
teilnahm.

dem in der Vormittagsberatung, die als vertraulich  
erklärt wurde, Reichstagsabgeordneter Schulz ausführlich  
über die Forderungen zum künftigen Reichsschulgesetz be-  
richtet hatte, ergriff nach lebhafter Aussprache Reichsminister  
v. Reudell das Wort zu längeren Ausführungen, in  
denen er die baldige Einbringung des Gesetzes  
sowie seine Bereitschaft zusagte, alles daran zu setzen, das  
Gesetz schnell zur Durchberatung zu bringen.

Der Parteivorstand, Graf Westarp, unterstützte be-  
sonders die Bereitschaft der Fraktion, dem Gesetz zu schneller  
Verabschiedung zu verhelfen und erklärte im Anschluß an die  
letzten Reichstagsreden des Ministers Stresemann,  
daß die Fraktion Wert darauf lege, daß jedenfalls das Schul-  
gesetz unter Dach und Fach gebracht sei, bevor der Frage  
des Kontowats nähergetreten werden könne, der gegenüber  
er im übrigen Zurückhaltung empfahl. Auch Eggelsen, Bergt  
schloß sich diesem Standpunkt an.

In der einstimmig angenommenen Entschließung wird  
die Regierungserklärung vom 3. Februar, soweit sie die  
kulturpolitische Gesetzgebung betrifft, begrüßt und unter-  
stützt, daß die Tagung besonders die verständnisvolle Art  
anerkennt, wie der Preussische Evangelische Kirchenrat jede  
kirchliche Aufsicht ablehnt und für das Befugnis der Re-  
ligionsgesellschaften die Ausübung durch vom Staat berufene  
Schulmänner, die das Vertrauen der Religionsgesellschaften  
besitzen, vorzieht.

### Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Moskau und Peking?

Der Rat der Volkskommissare in Moskau hat nach einer  
längeren stürmischen Sitzung beschlossen, die diplomatischen  
Beziehungen mit Nordchina abzubrechen und den  
Sowjetgesandten in Peking, Karaman, zu-  
rückzuberufen. Eine von Stwinoff unterzeichnete Note ist in  
diesem Sinne der chinesischen Delegation zu Händen der Pe-  
kinger Regierung übermittelt worden. Die Note stellt drei  
Forderungen:

1. sofortige Räumung der von den Chinesen besetzten  
Gebäude, 2. Freilassung aller gefangenen russischen Ge-  
sellschaftsbeamten, 3. Rückgabe aller beschlagnahmten  
Dokumente.

Die Note erklärt ferner, daß die Konsuln einzuweichen  
in Nordchina verbleiben werden, um die laufenden Konsular-  
geschäfte zu regeln. Sie stellt fest, daß Rußland über ge-  
nügende Truppen verfüge, um nötigenfalls eine  
Strafexpedition nach China zu unternehmen, daß  
die Sowjetregierung aber davon Abstand nehme, weil sie  
sich Rechnung davon ablege, daß das Vorgehen Schanghaifolns  
von den imperialistischen Mächten inspiriert worden sei und  
nicht die Billigung des chinesischen Volkes besitze.

### Die Nordarmee überschreitet den Yangtse Ein engl. Kanonenboot greift in die Kämpfe ein

Schanghai, 11. April. Nach zuverlässigen chinesischen Nach-  
richten haben sich die für die militärische Lage bemerkenswerten Ereig-  
nisse folgendermaßen abgepielt: Truppenteile der Nordarmee besetzten  
Yangtscham am linken Yangtse-Ufer und vertrieben die dort liegenden  
Kontontuppen. Zu gleicher Zeit beschloß das englische Kanonenboot  
„Veteran“ mit 80 Granaten ein auf dem rechten Yangtse-Ufer liegen-  
des Forts. Infolgedessen war es der Nordarmee möglich, mit einer  
größeren Abteilung von 5000 Mann auf das rechte Yangtse-Ufer über-  
zugehen. Die Beschießung des chinesischen Forts wird von englischer  
Seite offen zugegeben, doch wird gleichzeitig erklärt, daß das Forts  
das Feuer auf den Kreuzer eröffnet hat. In der Schanghaier Frem-  
denkolonie hält man die Wiedereroberung Schanghais durch die Armee  
Tchangtschols für durchaus möglich. Die Kuomintang dagegen zelt  
sich nach wie vor optimistisch und nennt den Verlust der oben bezeich-  
neten Stellung am rechten Yangtse lediglich einen „episodischen Zwischen-  
fall“. — Der kantonesische politische Kommissar in Schanghai hat dem  
Konsulartorps mitgeteilt, daß sämtliche fremden Dampfer, die dem  
Yangtse aufwärts fahren wollen, bei den Wusung-Forts einer genauen  
Untersuchung unterzogen werden.

### Russische Anklagen gegen England

London, 10. April. In Moskaus amtlichen Kreisen ist man  
dem „Observer“ zufolge der Auffassung, daß der Peking-  
Zwischenfall schärfste diplomatische Maßnahmen erfordere. Die „Pravda“ beschul-  
digt Chamberlain in einem Artikel der absichtlichen Verschärfung der

